


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Ein juristischer Blick auf das Stromfressergesetz von Christian Huber</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Gute Zusammenarbeit: Listenverbindung mit FDP von Domenik Ledergerber</i> Seite 3	Aktuell <i>EU möchte EU-Recht in der Schweiz durchsetzen von Christoph Blocher</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Brienz als Symbol für den Klimawandel? von Bernhard im Oberdorf</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Podium Stromfressergesetz in Meilen</i> Seite 8
--	---	---	---	---

STROMFRESSERGESETZ KIG

Schlusspurt: NEIN zum Stromfressergesetz

Mit der Energiestrategie 2050 befindet sich die Schweiz seit rund zehn Jahren auf einem verhängnisvollen Weg in Richtung Strommangel und explodierender Energiepreise. Nun soll dieser Irrweg mit dem sogenannten Klimaschutz-Gesetz auf alle Ewigkeit zementiert werden. Nur mit einem NEIN am 18. Juni können wir das Ruder noch herumreissen und unser Land vor dem energiepolitischen Totalabsturz bewahren.

Nur schon der Titel der Vorlage, über die wir am 18. Juni abstimmen, ist eine perfide Irreführung der Stimmbevölkerung: «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» – genau das Gegenteil ist nämlich der Fall. Das sogenannte Klimaschutz-Gesetz ist in Wahrheit ein Stromfressergesetz, das die Energiesicherheit gefährdet: Mit seinen starren Klimazielen («Netto-Null-CO₂» bis 2050!) müsste die gesamte fossile Energie, also Benzin- und Dieselaautos, Öl- und Gasheizungen sowie der gesamte Flugverkehr verboten und durch alternative, Strombasierte Lösungen ersetzt werden.

Diese machen 60 Prozent unseres gesamten Energieverbrauchs aus. Da wir allerdings bereits heute massiv zu wenig Strom haben und wir zukünftig auch immer weniger Strom werden importieren können, würde dieses Gesetz die herrschende Energiekrise drastisch verschärfen. Strommangelagen bis hin zu Blackouts wären nicht mehr zu vermeiden.



Ueli Bamert
 Kantonsrat SVP
 Zürich

Preisexplosion garantiert

Dazu droht eine regelrechte Explosion der Energiepreise: Bereits heute leidet die Bevölkerung unter den hohen Preisen für Benzin, Strom, Gas und indirekt auch für alle anderen Konsumgüter. Nun soll ausgerechnet der am problemlosesten verfügbare Energieträger Öl verboten und durch den immer knapper werdenden Strom ersetzt werden. Man muss wahrlich kein Ökonomieprofessor sein, um zu verstehen, dass ein teures und knappes Produkt noch teurer wird, wenn die Nachfrage danach steigt. Genau das aber wird mit unserer Energie geschehen: Die Strompreise werden explodieren und auch Gas, Heizöl, Benzin und Diesel werden massiv verteuert. Maximalschätzungen gehen von 6600 Franken Mehrkosten pro Haushalt und Jahr aus – für die von steigenden Krankenkassenprämien und hohen Nebenkostenabrechnungen gebeutelte Bevölkerung und auch für zahlreiche KMU wäre dies eine schier unerträgliche Belastung.

Verschandelte Landschaft droht

Nebst den gigantischen Kosten und den drohenden Blackouts wären insbesondere die Folgen für die Landschaft desaströs: Um eine einigermaßen sichere Energieversorgung ohne Öl und Gas gewährleisten zu können, müssten schätzungsweise rund 17 grosse Was-

serkraftwerke, 5000 Windräder und 70 Millionen Quadratmeter Solaranlagen gebaut werden. Doch auch dann hat noch niemand eine wirklich befriedigende Antwort auf die Frage, woher all die erneuerbare Energie denn kommen soll, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Dabei stockt die Energiewende bereits heute massiv: Das geplante alpine Solarkraftwerk im Walliser Dorf Grenchols wird nicht annähernd so gross wie geplant und im ganzen Land blockieren nicht zuletzt grüne Kreise den Ausbau von Wasserkraftwerken oder Windkraftanlagen.

Kostet viel, bringt nichts

Und wofür das ganze Theater? Damit unsere kleine Schweiz am Ende ihren Mini-Anteil von 0,1 Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoss bis 2050 auf null reduzieren kann. Derweil stösst der Rest der Menschheit weiterhin ungebremst CO₂ aus und unternimmt keinerlei ernsthafte Anstrengungen, dies zu ändern. Man muss dafür nicht einmal zwingend nach China oder Indien schauen, ein Blick über die Grenze genügt: Selbst unsere deutschen Nachbarn sind nicht in der Lage, ihren CO₂-Ausstoss nennenswert zu senken, da sie lieber ihre Atomkraftwerke verschrotten und dafür ihre Kohlekraftwerke länger laufen lassen. All das über-



Es droht die komplette Verschandelung der Landschaft: Nur ein NEIN zum Stromfressergesetz kann dies verhindern!
 Bild/Copyright: «IG Saflischtal»

zeugt die grüne Endzeitsekte und ihre linken und liberalen Unterstützer nicht: Sie wollen die Welt retten, notfalls auf Kosten unseres gesamten Wohlstands.

Vollgas für ein NEIN am 18. Juni


Diesen Wahnsinn gilt es zu verhindern! Genau deshalb hat die SVP das Referendum gegen das Stromfressergesetz ergriffen und fährt eine aufwendige und engagierte Kampagne. Die Parallelen zur Abstimmung über das CO₂-Gesetz vor genau zwei Jahren am 13. Juni 2021 sind frappant: Beide Referenden wurden mit über 100 000 Unterschriften eingereicht und die Fronten sind die gleichen wie vor zwei Jahren: die SVP, unterstützt vom HEV, Gastrouisse und Swissoil, gegen alle anderen Parteien, Verbände und die meisten Medien. Wie vor zwei Jahren kämpft

die FDP für das Gesetz, obwohl es grundlegenden freisinnigen Prinzipien widerspricht und die eigene Basis mehrheitlich NEIN stimmt. Der Frühling 2021 war kühl und verregnet, der Frühling 2023 war es bis anhin ebenso. Und auch die Umfragen nehmen diesmal den genau gleichen Verlauf wie vor zwei Jahren: Von einer komfortablen Ja-Mehrheit kippt die Meinung mit jeder Umfragewelle etwas mehr ins NEIN.


Nun müssen wir nur noch die endgültige Parallele hinkriegen, nämlich den Sieg an der Urne am 18. Juni. Dafür bleiben noch zwei Wochen. Packen wir's an!

Anmerkung der Redaktion: Bitte beachten Sie den beiliegenden Abstimmungsflyer «NEIN ZUM STROMFRESSERGESETZ».


DAMIT DAS GELD IN DER SCHWEIZ BLEIBT.




Regine Sauter, FDP
Nationalrätin, Direktorin
Zürcher Handelskammer



Michael Zeugin, GLP
Fraktionspräsident,
Kantonsrat



Thomas Matter, SVP
Nationalrat



Yvonne Bürigin, Die Mitte
Fraktionspräsidentin,
Kantonsrätin

JA zur
OECD-Mindeststeuer
für **multinationale Unternehmen**

ergaenzungssteuer.ch
Zürcher Komitee, Oberdorfstrasse 32, 8400 Zürich



Christoph
Mörgeli

Meteorologen ausser Rand und Band

Die Schweizerische Depeschagentur (SDA) vermeldete am Sonntag in fetten Lettern: «Der Frühling 2023 ist rund anderthalb Grad zu warm ausgefallen.» Im Süden sei der «Temperaturüberschuss» sogar bei mehr als zwei Grad gelegen. Haben Sie das nicht gespürt? Plagt Sie vielmehr das Gefühl, dieser Frühling sei buchstäblich ins kalte Wasser gefallen und die Sonne habe sich kaum je hinter den dunklen Wolken hervorgewagt? Plagte sie wegen der wetterbedingten saumässigen Monate März bis Mai sogar eine Art depressiver Trübsinn? Alles falsch, entgegen Ihnen jetzt die Journalisten der Schweizerischen Depeschagentur: «Der Frühling 2023 ist rund anderthalb Grad zu warm ausgefallen.» Weil die Klima-ideologischen Alarmisten der SDA weder vom Wetter noch vom Klima eine Ahnung haben, berufen sie sich auf die Sendung «SRF Meteo» und deren Mitteilung vom Sonntag: «Im Vergleich zur klimatologisch relevanten Norm der Jahre 1961 bis 1990 war es gut 1,5 Grad zu warm, im Süden sogar etwas mehr als 2 Grad.» Doch wer bestimmt, dass die klimatisch relevante Norm zwischen 1961 und 1990 liegt? Selbstverständlich die Meteorologen. Das sind Wissenschaftler, die aufgrund komplizierter Hoch- und Tiefdruckberechnungen exakt darüber informiert sind, wie das Wetter hätte sein sollen. Meteorologen versuchen sich in ungefähren Aussagen über eine wahrscheinlich mögliche Wetterentwicklung in nicht genau bestimmbaren Teilen des Landes. Sie warnen eiskalt vor einer vorgeblichen Hitze. Unsere klimatologischen und meteorologischen Politaktivisten haben selbstverständlich einen Grund, der störrischen Bevölkerung einen zu warmen Frühling einzureden. Es plagt sie die Angst, dass sich das Publikum nicht ängstigt. Und am 18. Juni das strunzdumme Klimagesetz versenken könnte. Das Schlimmste ist, dass wir Steuer- und Zwangsgebührenzahler die Dauerpropaganda von SDA und SRG auch noch mit vielen Millionen subventionieren. Eigentlich schade, wenn jetzt allmählich doch noch der Sommer kommt. Denn je wärmer die Abende werden, desto lauter quaken die Frösche.

EIN JURISTISCHER BLICK AUF DAS KIG

Zur Abstimmung vom 18. Juni 2023 über das «Klimaschutzgesetz»

Die potenziellen Auswirkungen des «Stromfressergesetzes in Bezug auf die Finanzindustrie wurden bislang in der Diskussion kaum beachtet. Das KIG könnte Einschränkungen bei Kreditvergaben und Kapitalanlagen mit sich bringen. Letztlich sind die Ziele des KIG unrealistisch. Was jetzt schon klar ist: Das KIG dürfte zu erheblich höheren Stromkosten führen.



Christian Huber
Alt Regierungsrat SVP
Pfäffikon ZH

Vorweg zur Klarstellung: Ich zweifle nicht, dass sich das Klima wandelt und als klimatologischer Laie gehe ich vorsichtshalber davon aus, dass diejenigen Wissenschaftler recht haben, welche den Klimawandel der Zunahme des CO₂ in der Atmosphäre zuschreiben. Hingegen fühle ich mich als Jurist und ehemaliger Oberrichter sehr wohl in der Lage, einen Gesetzestext zu lesen und zu verstehen. Deshalb habe ich auch – was angeblich 95% der Stimmentenden nicht tun – das am 18. Juni zur Abstimmung kommende «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)» in seiner Gänze gelesen.

Dabei ist mir aufgefallen, dass Ziele festgelegt, Richtwerte definiert sowie Finanzhilfen und Kredite für «neuartige Technologien und Prozesse» gesprochen werden. Darüber, mit welchen Mitteln die festgelegten Ziele erreicht werden sollen, sagt das Gesetz nichts. Ferner erhält der Bundesrat die Kompetenz, «die für die Zielerreichung notwendigen Massnahmen» festzulegen. Sollte sich unterwegs zeigen, dass das gesetzte Ziel nicht erreicht wird, so ist das nicht nur ein Freibrief, sondern eine völlige Blackbox. Unter diesem Titel ist auch eine rigide Kriegswirt-

schaft möglich – und dies angesichts der Tatsache, dass der CO₂-Ausstoss der Schweiz nur ein Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses beträgt. Das gesetzliche Ziel von Netto-Null-Emissionen müssen alle Unternehmen spätestens im Jahr 2050 erreichen.

Auswirkungen auf den Finanzplatz

Erstaunlich, dass in der öffentlichen Diskussion Artikel 9 Absatz 1 des Klimagesetzes völlig unbeachtet geblieben ist: «Der Bund sorgt dafür, dass der Schweizer Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur emissionsarmen und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähigen Entwicklung leistet. Es sollen insbesondere Massnahmen zur Verminderung der Klimawirkung von nationalen und internationalen Finanzmittelflächen getroffen werden.» Dabei handelt es sich wohl gemerkt nicht um eine Kann-Vorschrift: Sie verpflichtet den Bundesrat zum Handeln.

Auf die Konsequenzen dieser Bestimmung macht Alt-Nationalrat und ehemaliger Chefökonom der Bank Julius Bär Hans Kaufmann (SVP) in der «Weltwoche» aufmerksam. Sie könnten bedeuten, dass die Banken den Garagisten keine Kredite mehr geben dürften, Benzin an der Tankstelle nicht mehr mit Kreditkarten bezahlt werden könnte etc. «Es gibt eine ganze Liste von KMU-Branchen, die unter diesen neuen Vorschriften zu leiden hätten. Entweder erhalten sie keine Kredite mehr oder müssen schlechtere Konditionen und Auflagen in Kauf nehmen. Dies trifft auch für Eigenheimbesitzer zu.»

Das Klimagesetz enthält auch finanzpolitischen Sprengstoff: «Der Bundesrat kann mit den Finanzbranchen Vereinbarung zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzflüsse abschliessen.» Dazu Hans Kaufmann: «Die freie Wahl der persönlichen Kapitalanlagen soll mit Verboten eingeschränkt werden. Die Portfolios müssen ideologisch ausgerichtet werden und nicht mehr altbewährte Diversifikations- und Vorsichtsprinzipien befolgen.» Die «Gletscherinitiative» mit ihrem prominenten Aushängeschild FDP-(Noch-)Ständerat Ruedi Noser wollte ausdrücklich Öl, Benzin, Diesel und Gas verbieten.

Davon steht im Klimaschutzgesetz nichts mehr. Solange fossile Brennstoffe aber erlaubt sind, kann das Netto-Null-Ziel nicht erreicht werden. Verbote werden aber etwa wegen der Langlebigkeit von Ölheizungen unumgänglich sein. Es müssen also andere Energiequellen wie Wasser- und Windkraft sowie Sonnenenergie in die Breche springen. Das ist schon deshalb unrealistisch, weil schweizweit der Verbrauch an elektrischer Energie bereits jetzt unaufhaltsam ansteigt.

Es wird teuer

Im Abstimmungsbüchlein behauptet der Bundesrat, die Vorlage bringe weder neue Steuern noch Abgaben, auch keine Verbote. Das stimmt natürlich nicht: Irgendjemand muss die Subventionsmilliarden bezahlen. Für Solarstrom müssen Hunderte Quadratkilometer (!) mit Photovoltaik überdeckt werden. Entsprechende erste Pläne in



Erhalten Tankstellen zukünftig noch günstige Kredite? Im Bild: Tankstelle in Dällikon. Bild: Wikipedia

Grengiols VS sind soeben krachend gescheitert. Und um eine namhafte Menge an Strom ohne Kernkraftwerke zu erzeugen, müssten Tausende von bis zu 230 Meter hohen Windturbinen erstellt werden. Man muss aber wissen, dass zur Stabilisierung der Statik pro Windturbinen-Turm bis zu 10 000 Tonnen Beton als Fundament im Boden versenkt und je nach Standort und Untergrund bis zu zwölf Meter tief gebohrt und verankert werden muss. Ferner müssen breite, betonierete Schneisen für den Transport der riesigen Flügel und Pylone durch Wälder und Schutzgebiete geschlagen werden. Dies alles, weil in absehbarer Zeit unsere Kernkraftwerke stillgelegt und keine neuen gebaut werden dürfen. Die bestehenden Kernkraftwerke liefern (noch) zuverlässig günstige und CO₂-freie Bandenergie. Fallen Gas, fossile Brennstoffe und Kernkraftwerke für die Stromproduktion aus, wird Strom knapper. Und was knapper wird, wird teurer.

Christian Huber war von 1999 bis 2005 Finanzdirektor des Kantons Zürich (SVP). Der Jurist war zuvor Staatsanwalt, Oberrichter und Präsident des Geschworenengerichts. Eine andere Version dieses Artikels erschien zuerst in der NZZ.

KIG

Der Schweiz droht eine Strommangellage

Das am 18. Juni zur Abstimmung stehende Gesetz über Klimaschutz, Innovation und Stärkung der Energiesicherheit verspricht, die Welt zu retten, doch in Wirklichkeit führt es zu massiven Vorschriften und teuren Einschränkungen. Statt Energiesicherheit zu gewährleisten, würde das Gesetz zu Stromknappheit führen.



Theres Weber-Gachnang
Alt-Kantonsrätin SVP
Uetikon am See

Am 18. Juni steht die Abstimmung über Klimaschutz, Innovation und Stärkung der Energiesicherheit an. Der verlockende Titel soll den Stimmberechtigten suggerieren, dass die Welt gerettet werden könne, wenn die Schweiz sich massiven Vorschriften und teuren Einschränkungen unterwerfe. Damit soll auch unsere Energiesicherheit gestärkt werden.

Strommangellage statt Energiesicherheit

Das Gegenteil ist der Fall. Schon in den vergangenen Monaten haben wir mit den Folgen einer drohenden Stromknappheit gekämpft. Die Preise sind massiv angestiegen, was für Familien, Gewerbe und Landwirtschaft sehr einschneidend ist. Das neue Gesetz will fossile Brennstoffe wie Heizöl, Gas, Diesel und Benzin in Zukunft stark reduzieren. 60% unserer Gebäude werden laut Bundesamt für Statistik mit fossilen Brennstoffen beheizt, 17% mit Wärmepumpen, Tendenz (und damit Stromverbrauch) stark steigend. Dazu kommt das immense Bevölkerungswachstum: Mehr Leute benötigen mehr Energie. Dies hat auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz vor Kurzem erkannt und nennt daher «eine langandauernde Strommangellage als eines der drei grössten Risiken der Schweiz».

Dieses neue Gesetz bringt statt Energiesicherheit das genaue Gegenteil.

Selbstversorgungsgrad sinkt

Flächen von Sonnenkollektoren und Windkraftwerken sind geplant und mit Anreizen und Subventionen sollen alternative Energien, trotz massiven Lieferengpässen, weiter gefördert werden. Die Landwirtschaft wäre davon stark betroffen und unser Selbstversorgungsgrad würde noch mehr sinken. Es gäbe wohl Aufträge für einige Gewerbebetriebe, für neue Heizungen, neue Antriebstechniken, Sonnenkollektoren und Windräder, aber bezahlt würde dies alles durch steigende Mieten, Investitionskosten und höhere Produktpreise. Die Konkurrenzfähigkeit unseres Werkplatzes würde unnötig riskiert und die Abhängigkeit vom Ausland wäre noch grösser, da die entstehenden Stromlücken gedeckt werden müssen. Dass die gleichen Kreise als Notfallszenario von Kohlekraftwerken sprechen, zeigt die Hilflosigkeit, die Inkonsequenz und den Populismus hinter dieser nicht ausgereiften Idee.

Wir machen unsere Hausaufgaben und haben den CO₂-Verbrauch in den letzten zehn Jahren um 20% gesenkt. Weitere Fortschritte und ein Ausbau der wichtigen Wasserkraft sind möglich, aber nicht von heute auf morgen. Wer bei wachsender Bevölkerung kopflos Beschränkungen oder gar Verbote fordert, vergisst, dass der nächste Winter kommt, oder träumt davon, dass die Steckdose immer funktioniert.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Weitsicht und ein überzeugtes NEIN am 18. Juni.

UNBEKANNTE GEFAHREN

Windenergieanlagen sorgen auch für massive Einschränkungen

Windenergieanlagen führen im Winter in ihrer Umgebung zu massiven Einschränkungen. Dies zeigt sich im Windpark Verenafohren im grenznahen Wiechs am Randen, wo mit entsprechenden Ampeln und Warnschildern auf das Sperrgebiet hingewiesen wird.

Nur wenige hundert Meter von der Schweizer Landesgrenze entfernt stehen auf dem Verenafohren auf Gemeindegebiet von Tengen mit dem Ortsteil Wiechs am Randen oberhalb von Büthenhardt SH auf einer Fläche von 76 Hektaren drei grosse Windkraftanlagen.

Diese weisen je eine Gesamthöhe von 199,5 Metern auf, wobei die Nabenhöhe sich auf 134 Metern befindet. Die Länge der Rotoren beträgt 65,5 Meter. Die Nennleistung liegt bei 3,3 MW pro Anlage, was theoretisch einer Leistung von 86 724 MW/h Stromproduktion entspricht. Doch es sind nur rund 20 000 MW/h, was einer mittleren Leistung von 23 Prozent entspricht. Mit ande-

ren Worten heisst dies, dass die Anlage im Mittel nur an einem Tag während 5,52 Stunden unabhängig von der Nachfrage und völlig witterungsabhängig Strom produziert.

In den aktuell laufenden Diskussionen über mögliche Windparkanlagen im Kanton Zürich wird aber bewusst ein durchaus gewichtiges Problem ausgeklammert. Denn im Winter wird dieser Windpark auf dem Verenafohren zum Sperrgebiet, welches durch Ampeln vor Ort angeordnet wird. Analog zu den Flugzeugen kommt es im Winter auf den Rotoren zu Vereisungen, welche dann während des Betriebs abgeworfen und somit in der Umgebung zu einer gewissen Gefahr werden. Auf den entsprechenden beiden Warnschildern heisst es: «Achtung Eisabwurf – Lebensgefahr» und «Das Benutzen des Weges ist beim Blinken der Warnleuchte untersagt». Konkret heisst dies, dass mit der Realisierung von Windparkanlagen in Naherholungsgebieten ein beachtlicher Interessenkonflikt entsteht, wenn dieser zugleich zu einem Windpark wird. Dies hätte auch Folgen für viele bisher in Betracht gezogene Standorte für Windkraftanlagen. Viele davon befinden sich in Naherholungsgebieten, welche dann plötzlich während des Winters nicht mehr betreten werden dürften. Dadurch erhöht sich der Druck auf andere Naherholungsgebiete, weil man durchaus ein Ausweichen erwarten muss. Ob auch die Bewirtschaftung des Waldes beeinträchtigt wäre, ist nicht bekannt.



Eines der entsprechenden Warnschilder auf dem Verenafohren bei Wiechs a. Randen macht im Winter das Areal des Windparks zum Sperrgebiet.

Bild: ZVG

Roland Müller

AUS DEM KANTONS RAT

Pfingstmontag, keine Sitzung!

Pfingsten, fünfzig Tage nach meinem Bericht zum Ostermontag. Gewitterwolken über dem Land, düstere Prognosen für die Schweiz und den Kanton Zürich.



Lorenz Habicher
Kantonratsrat SVP
Zürich Kreis 9

Die Schweiz ist infolge verfehlter Entschiede und der EU-Sanktionspolitik nicht mehr unabhängig und neutral, sondern sie ist Partei geworden und wird die Folgen dafür tragen müssen. Die Debatte wird sich nicht ums «er- oder mittragen wollen», sondern um ein klares «tragen müssen» und die entsprechende Verantwortung dafür drehen. Es wird sich zeigen, ob die Politiker, die heute Rüstungsmaterial, Munition und Kampfpanzer an Konfliktparteien liefern wollen, dann immer noch zu ihrer Verantwortung stehen. Heute lässt es sich gut «Solidarität» feiern und «Mitgefühl» zeigen. Konfliktvermittlung und Friedenspolitik wären aber angebracht. Warum sind die Stimmen, die Verhandlungen, eine Beilegung der Kampfhandlungen und eine friedliche Lösung fordern, verstummt?

Bürgerliche Zusammenarbeit noch verbesserungsfähig

Zurück zum Kantonsrat, der seit seiner Konstituierung am 8. Mai 2023 zu zwei weiteren Sitzungen zusammengekommen ist. Ich kann heute schreiben, dass die politischen Mehrheiten und die neuen Ratsmitglieder sich noch nicht gefunden haben. Es ist also eine Zeit, in der die politische Zusammensetzung der Zürcher Regierung umso wichtiger ist, und wie allen bekannt, hat sich diese anlässlich der letzten Wahlen nicht geändert. Vier der sieben Mitglieder sind als Bürgerliche, mit tatkräftiger Unterstützung der SVP, gewählt worden.

Schon jetzt, das heisst noch vor den Sommerferien und vor den nationalen Wahlen im Herbst, zeigen sich aber die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit. Warum fällt ein sogenannt bürgerlicher Regierungsrat nicht mehr bürgerliche Entschiede und lässt sich von unkollegialen Regierungsrätinnen vorführen?

Die FDP schwächelt weiterhin: Die Liberalen der Stadt Zürich und der kantonale Wirtschaftsfreisinn waren sich wohl noch nie so fremd. Die Mitte sucht nach dem Sinn ihrer Existenz und lehnt sich bei den Grünliberalen an, die selbst in einer Krise stecken, denn der Spagat zwischen liberaler Wirtschaft und grüner Politik könnte nicht grösser sein. Die SP steckt schon lange in einem Formtief, kümmert sich nur um Minderheiten, die sich vernachlässigt fühlen, und lässt sich von den unbändigen, radikalen Jusos vorführen. Die Grünen stehen vor den Scherben ihrer politischen Ver-

sprechen – viel gefordert, noch mehr Verbote und keine Ziele (zum Glück) der staatlichen Bevormundung erreicht. Niemand ist zufrieden, niemand weiss, wie es weitergehen soll, nur selten einig ist man sich im Kampf gegen den bösen Klimawandel und die SVP.

In diesen Zeiten ist eine starke, geeinte SVP gefordert. Nur mit einer konsequent bürgerlichen und wirtschaftsfreundlichen Politik können Stadt und Land prosperieren. Partielle Anliegen von Landwirtschaft, Gewerbe, Regionen und einzelnen Exponenten müssen dem Gesamtwohl der Schweiz untergeordnet werden. Nicht immer einfach, aber wir werden es nur mit ihrer Unterstützung, zum Wohl des Kantons Zürich und der Schweiz, schaffen können. Zusammenstehen, zusammen gehen und vereint Erfolge feiern, für eine sichere Zukunft in Freiheit, SVP Liste 1 wählen!



Der Kantonsrat tagt zurzeit in der umgebauten Bullingerkirche Hard in Zürich.

Bild: Marlies Pfister, Fraktionssekretärin

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

Der Feind sitzt bei Linksgrün

Die Zürcher SVP geht mit der Zürcher FDP eine Listenverbindung für die nationalen Wahlen 2023 ein und unterstützt sich gegenseitig im Ständeratswahlkampf.

Was nach einer logischen Fortsetzung der guten Zusammenarbeit im Zürcher Kantonsrat und bei den Regierungsratswahlen im Februar 2023 klingt, ist in Tat und Wahrheit eine Kampfansage der bürgerlichen Parteien. Eine gemeinsame Kampfansage gegen die linksgrünen Parteien, welche unsere Parlamente in Zürich und Bern in den letzten Jahren dominierten und unsere Schweiz Jahr für Jahr näher an den Abgrund manövrieren. Um dies zu verhindern, muss das bürgerliche Lager im Herbst 2023 gestärkt werden. Die FDP ist die richtige Partnerin dafür, denn sie stimmt zu rund 70% mit der SVP überein, insbesondere in Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Eigentumsfragen. Dank einer Listenverbindung gehen weniger Reststimmen im bürgerlichen Lager verloren und mit etwas Glück

kann gemeinsam sogar ein zusätzlicher Nationalratssitz erobert werden. Das Gleiche gilt für die Zürcher Vertretung im Ständerat: Der Wirtschaftskanton Zürich braucht längerfristig wieder zwei bürgerliche Ständeräte in Bern, welche die Zürcher Interessen ohne Wenn und Aber vertreten. Mit der gegenseitigen Unterstützung von Gregor Rutz und Regine Sauter greifen wir gemeinsam den linken bisherigen Ständerat Daniel Jositsch an.

Es ist an der Zeit, alte Gräben zuzuschütten und das Wohl unseres Kantons und unseres Landes im Blick zu haben. Eine Listenverbindung ist jedoch noch lange keine Heirat, sondern eine Zweckgemeinschaft. Eine Zweckgemeinschaft für unser Land, auch wenn die Positionen der FDP nicht immer verständlich sind. Den-

noch fallen doch die Reststimmen der SVP-Wähler lieber der FDP zu, als dass sie verloren gehen und in der Endabrechnung Linksgrün zugutekommen. Linksgrün, welche das Erfolgsmodell Schweiz, die direkte Demokratie, Sicherheit, einen schlanken Staat, Eigenverantwortung der Bürger, eine starke Armee, Unabhängigkeit und Freiheit seit Jahren konsequent bekämpft. Der Feind sitzt im linksgrünen Lager und er soll geschwächt aus den Wahlen 2023 kommen.



von **Domenik Ledergerber**

In Gedenken an Dr. Konrad Flückiger (1939–2023)

Ende Mai hat uns die völlig unerwartete Nachricht vom Tod von Konrad «Koni» Flückiger erreicht. Der kluge, humorvolle, grossgewachsene Mann mit Berner Wurzeln, der mit seiner Frau Käthi in Oberembrach wohnte, hat unserer Partei enorme Dienste geleistet und gehörte quasi zum unentbehrlichen «Inventar».



Anfang 1996 hat sich der promovierte Physiker, Unternehmensberater und Computerexperte bei der SVP-Kantonalpartei auf eine Ausschreibung als stellvertretender Parteisekretär und Mann für besondere Aufgaben gemeldet. Er wolle keinen hohen Lohn, sondern seine Arbeitskraft noch einige Zeit der SVP zur Verfügung stellen, lautete seine Motivation. Fortan hat Koni jahrzehntelang das Leben auf dem Sekretariat geprägt – als «Mann für alles». Koni, der auch Präsident seiner Ortspartei war, stellte sein Wissen und seine Schaffenskraft selbstlos in den Dienst der Partei.

Konrad Flückiger war auch immer Mitglied im Organisationskomitee der Albigütli-Tagung. Ob bei den TV-Übertragungen, den Filmen für die Tombola-Spender – immer war er zugegen, wenn er gebraucht wurde. Er entwickelte den elektronischen Sitzplan fürs Albigütli und passte ihn immer wieder an, wenn Änderungen, etwa sitzplatztechnischer Natur, schnell vorgenommen werden mussten.

Konis grösstes Verdienst war aber zweifellos die Kantonsrats-Datenbank. Er entwickelte für die Fraktion eine Datenbank, in der kein Geschäft verloren ging und in der die vollständige Traktandenliste für die Fraktion

generiert werden konnte. Konis Datenbank half «Generations» von SVP-Mandataren bei der Sitzungsvorbereitung und wurde auch von anderen Parteien bewundert. Noch heute ist ein Nachfolgermodell dieser Datenbank in Betrieb.

Auch beim SVP-Schiessen legte sich Koni stets ins Zeug. Er entwickelte das Schiessprogramm und stand jedem Veranstalter für das Organisationskomitee zur Verfügung. Unzählige Stunden investierte er in die Vorbereitung.

Die SVP ist Konrad Flückiger, der auch ein begnadeter Künstler war und seine Bilder an Ausstellungen präsentierte, zu grossem Dank verpflichtet. Wir entbieten Käthi Flückiger und seinen Angehörigen unser herzlichstes Beileid und werden Koni ein ehrendes Andenken bewahren.

Reinhard Wegelin, ehemaliger Parteisekretär

Die Abdankungsfeier findet am 16. Juni, 14.00 Uhr, in der reformierten Kirche Embrach statt. Traueradresse: Bettina Flückiger, Wehntalerstrasse 92, 8057 Zürich.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Bürgerliche Listenverbindung und gegenseitige Unterstützung der SVP und der FDP Kanton Zürich

Die beiden grössten bürgerlichen Zürcher Kantonalparteien SVP und FDP gehen – unter dem Vorbehalt der Entschiede der zuständigen Organe – für die Wahlen vom 22. Oktober 2023 eine Listenverbindung für die Nationalratswahlen ein. Ebenfalls unterstützen sie sich gegenseitig im Rennen um die beiden Ständeratssitze für den Stand Zürich.

Der andauernd linksgerichteten Politik im Bundesparlament muss endlich Einhalt geboten werden. Dazu braucht es eine gut funktionierende und fest entschlossene Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien im Kanton Zürich und insbesondere einen Schulterschluss derselben auch auf Bundesebene. Deshalb hat sich das Büro Parteileitung der SVP dazu entschieden, dem Kantonalvorstand für die Sitzung vom 20. Juni eine Listenverbindung mit der Zürcher FDP zu unterbreiten.

Für den Ständeratswahlkampf wird ebenfalls die gegenseitige Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten, Nationalrat Gregor Rutz (SVP) sowie Nationalrätin Regine Sauter (FDP), zur Genehmigung beantragt. Klares Ziel beider Parteien ist es, mit ihren Kandidaten die Wahl zu gewinnen und den Ständerat für die neue Legislatur rein

bürgerlich besetzen zu können. Eine engere Zusammenarbeit mit der Mitte – wie bei den Regierungsratswahlen der vergangenen Jahre – wird dagegen nicht weiterverfolgt. Diese hat sich unverständlicherweise dazu entschieden, eine Verbindung mit der klar linksorientierten GLP und somit mit der linken Klimaallianz einzugehen. Inwiefern dieser Entscheid das Aus für die Kooperation bei künftigen Majorzwahlen bedeutet, wird sich auch durch Die Mitte-Politik in Zukunft zeigen.

Die SVP erwartet aber klar, dass die Mitte Zürich sich in Zukunft von weiteren politischen Linkstendenzen klar distanzieren. Die SVP des Kantons Zürich hält fest, dass die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat, insbesondere der Sitz der Bildungsdirektorin, nur durch die starke Unterstützung der SVP zustande gekommen ist.

Polit-Lunch mit Nationalrat Alfred Heer

Hören Sie aktuelles aus Bern, zu den bevorstehenden Abstimmungen und diskutieren Sie beim Mittagessen mit Nationalrat Alfred Heer.

Nationalrat seit 2007
Mitglied Europarat seit 2011, davon Präsident 2016 - 2018



Freitag, 9. Juni 2023, 11.30 – 13.30 Uhr

Restaurant Schwendi Bauma

Die SVP Bauma freut sich auf Ihren Besuch.
Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen.
Die Getränke sind offeriert.



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

BEIM NACHBARKANTON

4. Maitagung der SVP Bezirk Bremgarten mit Zürcher Vertretung

«Klein, aber fein» – das ist das Motto der 4. Maitagung, die am 12. Mai in Wohlen AG über die Bühne ging. In Sachen Teilnehmerzahl der grösseren Schwester, der Albigüetlitagung, klar unterlegen, bei der Qualität des Formats aber bei den ganz Grossen dabei. Auch eine kleine Delegation aus Zürcher SVP-Politikern und -Politikerinnen besuchte den Anlass ihrer Aargauer Politfreunde.



Seraina Billeter
Nationalratskandidatin
JSVP

Neben musikalischer Unterhaltung und einer gut schweizerischen Verpflegung gab es zwei weitere Leckerbissen an diesem Abend. Lokalmatador Andreas Glarner wie auch Parteipräsident Marco Chiesa, der sogar den Weg durch den altbekannten Gotthard-Stau auf sich nahm, beehrten die Gäste mit zwei spannenden Referaten.

Andreas Glarner legte in seiner Rede den Fokus auf die Missstände in der heutigen Zeit und warnte vor der zunehmenden Einmischung von linksgrün in alle erdenklichen Bereiche der Gesellschaft.

Heiz- und Wohnbelegungsvorschriften zum einen, aber auch der sich ausbreitende Genderwahn sind Beispiele einer kaum endenden Aufzählung von

Misständen. Umso wichtiger sei es, dass wir unsere Werte verteidigen und unsere Eigenständigkeit beibehalten, doppelte Marco Chiesa nach. Natürlich war auch die bevorstehende Abstimmung über das Klimagesetz am

18. Juni ein Thema bei Chiesa. Unverständlich und ernüchternd sei es, dass die SVP ohne Partner den Kampf gegen das Gesetz aufnehmen muss, obwohl es genügend Fakten gibt, die klar für ein NEIN sprechen.



Umrahmt von Politprominenz. V.l.n.r. Andreas Glarner, Seraina Billeter und Marco Chiesa.

Bild: ZVG

SVP BEZIRK BÜLACH

Podium zum Stromfressergesetz in Bülach

Die Fronten am Podium der Bezirkspartei Bülach zum Stromfressergesetz waren klar. Die debattierfreudigen Podiumsteilnehmer wurden durch Kantonsrat Christian Pfaller gebändigt.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Nationalratskandidatin Romaine Roggenmoser konnte hingegen schon mit dem Hinweis auf das kuschelige Ambiente punkten: «Wir haben hier bei Kerzenlicht schon einen Vorgeschmack darauf, wie es sein wird, wenn wir diesem unsäglichen Stromfressergesetz zustimmen. Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlächter selber.» Für die Anwesenden war klar, dass nur ein NEIN uns vor einer Katastrophe wie Strommangellage und höheren Energiepreisen wird schützen können.

GLP-Nationalrat Jörg Mäder vermochte das Publikum mit seinem historischen Rückblick nicht zu überzeugen, weshalb es neue Gesetze brauche, um eine Verhaltensänderung zu erzwingen. Die



Kreuzten die Klinge. V.l.n.r. Jörg Mäder, Christian Pfaller und Romaine Roggenmoser.

Bild: ZVG

SVP UETIKON AM SEE

Erfolgreicher Frühlingsmarkt



Gute Laune in Uetikon. V.l.n.r. Marion Matter, Thomas Matter, Mauro Tuena, Romaine Roggenmoser, Therese Schläpfer und Raphael Bürgi. Bild: ZVG

Am gut besuchten Frühlingsmarkt in Uetikon am See durfte die SVP an ihrem Stand die Nationalräte Thomas Matter, Therese Schläpfer und Mauro Tuena ebenso begrüssen wie Nationalratskandidatin und Kantonsrätin Romaine Roggenmoser und unsere neue Kantonsrätin Marion Matter. Gespräche mit Interessierten wurden im gemütlichen Rahmen geführt und viele Unterschriften gesammelt. Herzlichen Dank für euren Einsatz!

Raphael Bürgi, Präsident SVP Uetikon



SVP Kafistand

10. Juni 2023 ab 09.00 Uhr
Gemeindehausplatz Neftenbach

Unsere Gäste:

- NR Therese Schläpfer, Hagenbuch
- KR Tobias Weidmann, Hettlingen
- KR Paul Mayer, Andelfingen
- KR Urs Wegmann, Neftenbach

Zopf, Kuchen und Torten aus "unserer" Hausbäckerei (auch zum Mitnehmen).

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

www.svp-neftenbach.ch



Lädt ein zum

Feierabendbier und Wurst in die ehemaligen Sauerstofffabrik beim TCS Parkplatz Bläsimühle

Datum: Freitag, 9. Juni 2023 ab 17:30 Uhr

Programm unter der Leitung der militärhistorischen Gesellschaft des Kantons Zürich:

- Anlagenbesichtigung
- Film und Informationen über die Grenzbrigade 6

Anreise:

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bis Haltestelle Bläsimühle
Russikon, Gemeindehaus ab, Bus 825 17:13 / 17:34 / 18:13 / 18:34
Bläsimühle ab Richtung Russikon, Bus 825 19:38 / 20:38 / 21:38

oder mit dem Auto zum TCS Parkplatz Bläsimühle

Anmeldung erwünscht
mit QR-Code auf der Webseite
oder 079 458 05 19, Hans Loeliger



www.svp-russikon.ch



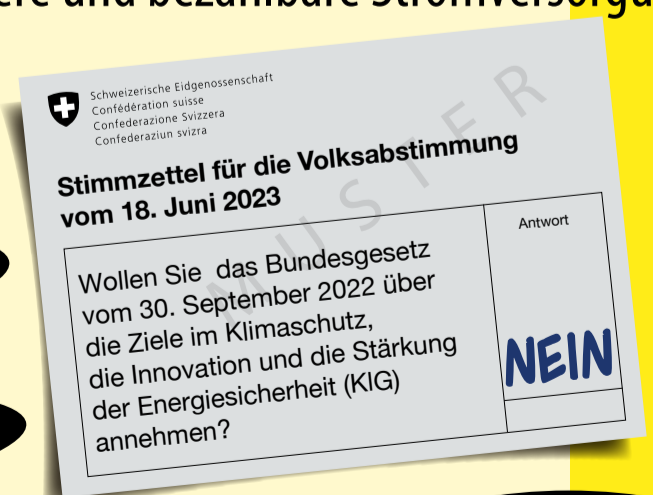
Noch mehr bezahlen?

So stimmen Sie richtig für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung:

NEIN zum Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!

NEIN zu Mehrkosten von 6'600 Franken pro Person/Jahr!

NEIN zur Verschandelung der gesamten Schweiz!



Mit einer Spende auf IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Herzlichen Dank für Ihr Engagement.
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern www.stromfresser-gesetz-nein.ch



Stromfresser-Gesetz
NEIN
Bundesgesetz KIG

SVP DIETIKON

Frühlings-Parteiversammlung 2023



Sandro Strässle
Präsident JSVP Kanton Zürich
Dietikon

Am 22. Mai trafen sich die Mitglieder und Sympathisanten der SVP Dietikon zur Frühlings-Parteiversammlung im BIBS in Dietikon. Unser Mathias Wischenbart organisierte nicht nur Würst und Bier, sondern stellte sich auch direkt selbst hinter den Grill und kümmerte sich um das leibliche Wohl unserer Gäste. Und an Gästen mangelte es der SVP Dietikon definitiv nicht! Nationalrat Alfred Heer, die Nationalratskandidaten Paul Mayer, Paul von Euw, Adrian Wegmann und Domenik Ledergerber besuchten die SVP Dietikon.

Kantonpräsident Domenik Ledergerber stellte den Anwesenden auch die drei nationalen Vorlagen vom 18. Juni 2023 vor. Die Mitglieder stimmten der OECD-Mindeststeuer von 15 % für grosse Unternehmen deutlich zu.

Auch wenn die aus dem Ausland erzwungene Mindeststeuer etwas ärgerlich ist, ist die Umsetzung insbesondere dank unserem Alt Bundesrat Ueli Maurer wirtschaftsfreundlich ausgelegt und verhindert, dass die Mindeststeuer einfach im Ausland eingefordert

werden kann. So bleibt das Geld in der Schweiz. Eine ganz klare Haltung bewiesen die Mitglieder gegenüber dem Klimaschutzgesetz, oder wie wir es nennen, «Stromfressergesetz». Dieses wird einstimmig abgelehnt, denn die trügerische Neuauflage des gerade erst versenkten CO₂-Gesetzes in besserer Verpackung konnte die SVP Dietikon nicht täuschen. Auch dieses Gesetz würde nicht ohne Verbote und mit massiv höheren Kosten für Einwohner und Wirtschaft umgesetzt werden.

Schliesslich wurde auch die Verlängerung des Covid-Gesetzes ganz deutlich abgelehnt. Die Pandemie ist vorbei und die im Gesetz abgestützten Massnahmen sind längst ausser Kraft. Es sind auch keine neuen Massnahmen mehr zu erwarten, deshalb gibt es keinen Grund, das Gesetz zu verlängern.

Das lokale Thema, das ebenfalls am 18. Juni an die Urne kommt, brachte uns unser Gemeinderat Markus Erni näher. Die linke Initiative «Bezahlbares Wohnen in Dietikon» wurde ebenfalls einstimmig abgelehnt und dem Gegenvorschlag des Gemeinderats zugestimmt. Die undurchdachte Initiative fordert 25 % gemeinnützige Wohnungen in Dietikon. Da Dietikon kaum Bauland besitzt, müsste die Stadt künftig jedes mögliche Grundstück erwerben – Kosten in Milliardenhöhe wären die Folge, die die Bevölkerung

über die Steuern zahlen müsste. Dieser Zwang würde auch bedeuten, dass man jeden Preis von der Stadt für die Grundstücke fordern könnte. Der gemässigte und realitätsbezogene Gegenvorschlag zur Förderung von gemeinnützigem Wohnraum ist hierbei klar und zielführender. Nicht zu vergessen ist, dass auch noch das «Kreuz» beim Gegenvorschlag gemacht wird.

Am Schluss stellten sich die anwesenden Nationalratskandidaten noch vor, dann wurde die Parteiversammlung geschlossen. Die vielen Gäste und Anwesenden verweilten noch lange und führten angeregte und unterhaltsame Gespräche.



Die Parteiversammlung war gut besucht. Die Nationalratskandidaten Roger Bachmann, Paul Mayer, Domenik Ledergerber, Paul von Euw, NR Alfred Heer, Sandro Strässle und Adrian Wegmann.
Bild: ZVG

AUSSENPOLITIK

Aktuelle Europapolitik

Der Bundesrat versucht gegenwärtig, einen neuen «Rahmenvertrag» abzuschliessen. Die EU will, dass die EU in der Schweiz Gesetze macht und die Stimmbürger ausgeschaltet werden.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Neuester Trick der Nachbarregionen wie Baden-Württemberg, das Elsass, die Lombardei und das Piemont: Sie haben ihre Grenzkantone wissen lassen, die EU nehme es mit den grenzüberschreitenden Arbeitskräften und dem Verbot staatlicher Beihilfen (wie Kantonalbanken, öffentliche Kraftwerke usw.) nicht so genau. Das ist eine brandgefährliche Fehleinschätzung. Egal, wie die EU-zugehörigen Nachbarregionen mit Brüssel umgehen: Die Schweiz darf keine Verträge unterschreiben, die sie nicht einhalten kann oder will.

Auch die Gewerkschaften will der Bundesrat auf seine Seite ziehen. Sie haben bislang entschieden Widerstand gegen einen EU-Rahmenvertrag geleistet. Denn sie wissen, dass dann

das EU-Recht gälte und das hohe Lohnniveau der einheimischen Arbeitskräfte in Gefahr wäre. Darum sucht jetzt Bundesbern gewerkschaftliche Unterstützung mit dem Versprechen, die flankierenden Arbeitsmarktmassnahmen würden im neuen Rahmenvertrag «immunisiert». Weder die EU noch der Europäische Gerichtshof – so wird behauptet – dürften diese Regelung antasten. Dass die sogenannte Guillotine-Klausel als Druckmittel bestehen bleibt, wird verschwiegen.

Das Wichtigste aber lassen der Bundesrat wie der zuständige Aussenminister Ignazio Cassis konsequent weg: Die Schweiz darf nie und nimmer einen Vertrag unterschreiben, der die Selbstbestimmung von Bund, Kantonen und Bevölkerung ausschaltet.

Eine Entmachtung der Bürgerinnen und Bürger durch die automatische oder dynamische Übernahme von EU-Recht kommt ebenso wenig infrage wie die Anerkennung des obersten Gerichts der Gegenpartei als Schiedsrichter oder eine erpreserische Guillotine-Klausel.

Nachruf zum Tod von Dr. Michael E. Dreher

Michael «Mike» Ernst Dreher wurde am 8. Januar 1944 in Schaffhausen geboren, wenige Monate vor dem Schreckenstag der Bombardierung der Stadt durch amerikanische Flieger. Der Sohn eines katholischen Kleingewerblers hatte im reformiertesten aller Kantone nicht wenig auszustehen, wie er später lächelnd erzählte. In der Mittelschulverbindung Scaphusia fand Mike Dreher v/o Aal viele Freunde und trug ihre Farben lebenslang mit Stolz. 2012 hat er seiner 1858 gegründeten Verbindung einen prachtvollen Bildband gewidmet.

In Zürich verfasste Dreher eine juristische Doktorarbeit, der gerade heute grösste Bedeutung zukäme: «Die Institution der Guten Dienste im Völkerrecht, ein Beitrag zur friedlichen Konfliktbeilegung». Daneben studierte er Betriebswirtschaft an der Hochschule St. Gallen, schloss mit dem Titel eines lic. oec. HSG ab und brachte es im Militär zum Grad eines Hauptmanns der Aufklärungstruppen. Als geschickter Geschäftsmann erlangte er schon früh eine gewisse materielle Unabhängigkeit. 1981 gründete er aus Unzufriedenheit über den

Freisinn mit Gleichgesinnten die «Bürgeraktion», die mit freiheitlichen Positionen an die Öffentlichkeit trat.

Als rechtsbürgerlicher Gegenpol zur grünen Welle und zur Hysterie rund ums Waldsterben war Dreher 1985 Mitbegründer und Präsident der Autopartei (später Freiheits-Partei). Zehnmal jährlich gab er das Parteiblatt «Tacho» heraus, das die Umtriebe der Gegner des Individualverkehrs schonungslos aufdeckte. Das Thema Stau und dessen wirtschaftliche Auswirkungen haben sich seither noch massiv verschärft.

Für die Autopartei politisierte er 1987 bis 1999 als Zürcher Nationalrat. Mit seiner ebenso geschliffenen wie scharfen Sprache schenkte er den ökologischen Ideologen oder den Versachern des Asylchaos nichts. Gleichzeitig hatte der jederzeit elegant gekleidete Dreher eine äusserst lebenswürdige, weltläufige Art. Seit 2001 SVP-Mitglied, beteiligte er sich 2003 auf der Liste unserer Partei noch einmal als Nationalratskandidat. Er präsierte die Stiftung Auto-Allianz, die sich für den Individualverkehr

einsetzt. Mike Dreher führte eine sehr glückliche Ehe mit der Rechtsanwältin Suzanne Dreher, geborene Landolt. Die Eltern mussten zu ihrem unsagbaren Leid den Tod ihres einzigen Sohnes verkraften.

Der in Küsnacht wohnhafte selbständige Rechts- und Wirtschaftskonsulent hatte in den späteren Jahren mit seinem Augenlicht zu kämpfen. Noch im Alter hat er aber politische Projekte verfolgt, etwa die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen. Nun ist der originelle, verdienstvolle Auto-Aktivist im 80. Altersjahr verstorben.

Christoph Mörgeli



Michael Dreher im Jahr 1991.
Bild: ETH Bibliothek

Wir trauern um unseren Parteifreund

Michael E. Dreher

(1944–2023)

Dr. iur., lic. oec. HSG
Gründer und erster Präsident der Autopartei
Herausgeber «Bürgeraktion»
Nationalrat 1987–1999
SVP-Mitglied seit 2001

Mike Dreher bleibt uns in Erinnerung als lebenswürdiger Freund und Kollege, als politisch wacher, freiheitsliebender und weltoffener Begleiter unserer Parteiarbeit.

Die Urnenbeisetzung hat im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Traueradresse: Susi Dreher, Ränkestrasse 2, 8700 Küsnacht

SVP des Kantons Zürich

Domenik Ledergerber, Präsident



SVP Bezirk Meilen



VORSCHAU AUF DAS SVP-SCHIESSEN

40. Zürcher 300-m-SVP-Schiessen 2023 in Fischenthal

Die Bezirkspartei SVP Hinwil organisiert zusammen mit den Feldschützen Fischenthal das 40. Zürcher kantonale SVP-Schiessen 300 m auf der Schiessanlage Oberhof in Fischenthal.

2011 war das Zürcher SVP-Schiessen letztmals zu Gast im Bezirk Hinwil auf der Schiessanlage Betzholz Hinwil und lockte 897 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. 1983 wurde das SVP-Schiessen erstmals im Zürcher Albisgütli ausgetragen und blickt auf eine langjährige Geschichte zurück. Im Vordergrund steht der Schiesswettkampf bei guter Stimmung, einer gesunden Mischung von Tradition, Gesellschaftlichem und Politik. Am 300-m-SVP-Schiessen wird nicht nur geschossen, man trifft sich auch in lockerer Atmosphäre zu freundschaftlichen Gesprächen in der Festwirtschaft. Neben den «Könnern» der Schützensezene werden wieder viele Frauen und Männer antreten, die sonst

kaum in einem Schiessstand anzutreffen sind. Es werden viele Schützinnen und Schützen, darunter auch die gesamte kantonale Parteiprominenz, erwartet. Das Schiessprogramm der letzten Jahre wurde übernommen. Der SVP-Stich besteht aus zwei Probeschüssen und wie bisher aus sechs Einzel- und vier Schüssen Serienfeuer ohne Zeitbeschränkung. Zudem ist es möglich, am SVP-Schiessen einen zusätzlichen Auszahlungsstich zu lösen, was das ganze Schiessprogramm etwas sportlicher und attraktiver macht. Die Schiesszeiten können dem Inserat entnommen werden.

Auskunft erteilt Michel Hugentobler, 079 485 61 50 oder svp.schiessen2023

@gmail.com, oder Res Hausammann, 079 474 30 96, aeschacher@bluewin.ch. Gruppen können angemeldet werden unter www.svp-oberland.ch. Anmeldeabschluss: 31. August 2023.

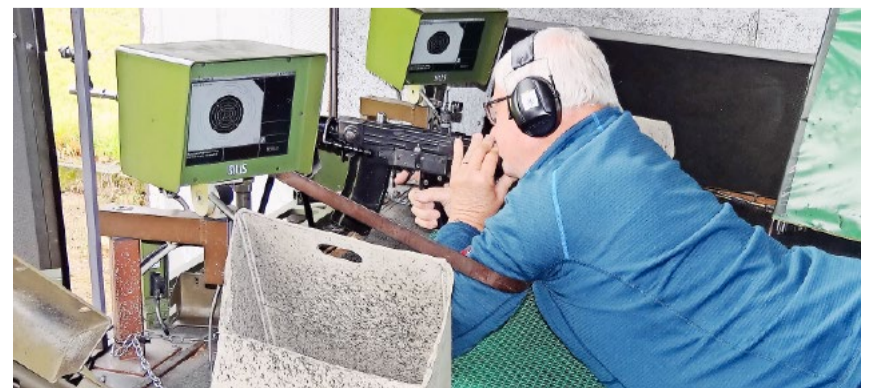
Das Zürcher SVP-Schiessen ist offen für alle SVP-Ortssektionen der Schweiz sowie alle Schiessvereine vom Schweizer Schiesssportverband (SSV). Auch Familien- und Frauengruppen sind in Fischenthal herzlich willkommen. Dem Nachwuchs bietet sich auch eine gute Gelegenheit, in zwei Kategorien U21 und U17 am Anlass teilzunehmen. Das Schiessen hat in der Schweiz nach wie vor eine grosse symbolische und staatspolitische Bedeutung. OK-Präsident des 40. SVP-Schiessens ist der SVP-

Bezirkspräsident Hinwil René Schweizer (r.schweizer@baumerladen.ch).

Schweizer heisst alle Schützinnen und Schützen aus nah und fern herzlich willkommen. Er hofft, dass der Anlass vielen die Gelegenheit bietet,

neben dem friedlichen und sportlichen Schiesswettkampf auch ein paar unbeschwerte Stunden in Fischenthal erleben zu dürfen.

Heinz Bolliger



Alt NR Max Binder schießt am 49. SVP-Schiessen 2022 das Kreuzresultat. Bild: ZVG

Fadegrad



von
Susanne Brunner

Arbeitsplatzvernichter Mindestlohn

Die Städte Winterthur und Zürich stimmen am 18. Juni 2023 über die Einführung eines kommunalen Mindestlohns ab. Mindestlohn? Das hatten wir doch schon mal! 2014 haben 76,3 Prozent der Schweizer Stimmbürger Nein gesagt zu einem Mindestlohn auf Bundesebene. Eine ganz klare Sache also. Für die Verfechter muss darum eine neue Strategie her. Beginnend in grösseren, linken Städten, soll das Bollwerk gegen den Mindestlohn in der Deutschschweiz Risse bekommen. Gewerkschaften, linke Parteien und linke Hilfswerke wie Caritas und HEKS bringen den Mindestlohn in den Städten Winterthur, Zürich und Kloten an die Urne. In Kloten ging es grad noch gut: Im November 2021 hat die Klotener Stimmbewölkerung einen kommunalen Mindestlohn mit 52,3 Prozent verworfen. Nun wird die Bevölkerung in beiden grössten Zürcher Städten befragt. Ein NEIN an der Urne ist wichtig und richtig! Wichtig, weil wir nicht weitermachen dürfen mit der Einführung von kantonalen oder kommunalen Mindestlöhnen. Denn dann haben wir über die Zeit einen «Flickenteppich», und Verfechter können in einer erneuten eidgenössischen Abstimmung argumentieren, dass grosse Ungleichheit besteht zwischen Regionen mit Mindestlöhnen und Regionen ohne Mindestlöhne. Warum ist es richtig, dass wir den Mindestlohn ablehnen? Ein Mindestlohn ist unsozial, er vernichtet Arbeitsplätze und ist ein teurer bürokratischer Albtraum. Unsozial ist ein Mindestlohn, denn er erhöht die Eintrittsschwelle für diejenigen, die noch keine Arbeit haben. Tätigkeiten und Arbeitsplätze mit geringen Anforderungen werden durch einen Mindestlohn gefährdet, weil der Mindestlohn für Betriebe einen Kostenschub bringt. Fallen in diesem Segment Arbeitsplätze weg, finden ungelernete Personen nurmehr schwer eine Stelle. Doch unser Arbeitsmarkt soll offen sein für alle, nicht nur für Akademiker und «Hochqualifizierte». Anstelle des «Arbeitsplatzvernichters» Mindestlohn kennen wir in der Schweiz bessere Mittel gegen Armut: erstens unser Sozialsystem. Es greift dort, wo es notwendig ist. Und zweitens unser Steuersystem, welches höhere Löhne stärker belastet als tiefe Löhne. Auf diese Weise werden Personen gezielt entlastet und unterstützt, ohne dass ihre Beschäftigung selber bedroht wird. Was auch nicht verharmlost werden darf: Ein kommunaler Mindestlohn brächte den Betrieben in den Städten Winterthur und Zürich einen teuren bürokratischen Aufwand. Dies im Unterschied zu den Betrieben in allen anderen Gemeinden. Auch müssten die Städte Winterthur und Zürich jährlich Millionenbeträge einsetzen, um die Unternehmen und Gewerbebetriebe zu kontrollieren. Tragen wir darum Sorge zu unserem erfolgreichen liberalen Arbeitsmarkt und verkaufen wir am 18. Juni den kommunalen Mindestlohn in Winterthur und Zürich!

Von der Schlacht der Velos zur selektiven Entrüstung

Brisant sind weniger die altbekannten Leiern im Gemeinderat als die Folgen einer selektiv zelebrierten Entrüstung, welche unsere Werte untergräbt.



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Es war im Zürcher Gemeinderat wieder einmal die übliche Leier: Für Schulen werden hohe Beträge ausgegeben, auch wenn diese nicht in notwendige Schulzimmer, sondern in Luxusräume zum «Verlustieren» investiert werden. Im gleichen Atemzug werden Postulate überwiesen, welche Parkplätze für die teils weit angereiste Lehrerschaft eliminieren und diese Parkmöglichkeiten durch Velostationen ersetzen.

Panzerschlacht auf den Velostreifen

Natürlich war es dann – unter der Flagge der Velosicherheit – wieder einmal eine Velodebatte, die sich in die Länge zog und zu einer Panzerschlacht auf den Velostreifen führte. Eine Zusammenfassung der zahllosen Voten lässt sich nicht strukturieren, vielleicht aber ein Punkt, der mehrfach im Zentrum stand: Zur Sicherheit liesse sich viel durch Höflichkeit und Rücksichtnahme gewinnen, derweil in der Realität eine steigende Aggressivität mit einer zunehmend einschränkenden Regeldichte – wie Temporeduktionen und Radarkontrollen – einhergeht.

Wenig gewonnen ist mit rechthaberischem Hupen durch Autofahrer, aber ebenso wenig mit einem drängelnden Aufschliessen, dem sogar Velofahrer frönen, wenn sich Autofahrer an das Tempolimit halten. Mit Disziplinlosigkeit vieler Radler unter dem Motto



Bergstürze, wie hier jener in Goldau 1806, gibt es seit jeher in den Alpen.

Bild: Schweizer Nationalbibliothek

«Dure bi Rot» sind wir in der Realität gewissermassen bei der fragwürdigen «Normativen Kraft des Faktischen» angelangt. Von der Linken gar mit Verständnis bedacht wurde das Velofahren auf dem Trottoir. Dem hielt der Schreibende entgegen, dass SVP-Vorstösse, die sich gegen das Velofahren auf dem Fusssteig richten, nach wie vor nicht umgesetzt sind, auch wenn der Stadtrat diese zur Abschreibung beantragt. Und Fussgänger wurden, wie dargelegt, auf dem Fusssteig auch schon mehrfach angefahren.

Selektive Entrüstung ...

Eine Woche früher gab es im Gemeinderat zum Auftakt des Abends auch eine denkwürdige Debatte. Wieder einmal war es die selektive, will heissen manipulative Entrüstung einer Klimafraktion, die eine Erklärung aus der Fraktion der SVP herausforderte: Es war der drohende Bergsturz von Brienz, der in den Medien als Mahnmal und Beleg für einen rasant zunehmenden Klimawandel dienen sollte. Da musste sich Rotgrün anhören, dass es schon viel früher, als niemand vom Klimawandel sprach, Bergstürze gab. Als Beispiel

wurde jenes Ereignis von 1806 genannt, als der halbe Rossberg abrutschte – der ganze Abriss ist noch deutlich zu sehen – und Goldau wie auch weitere Ortschaften verschüttet wurden: Es waren über tausend Tote zu beklagen und wer den Tierpark besucht, wandelt zwischen den riesigen Felsblöcken, die einst vom Berg herunterstürzten. Der Unterschied zu Brienz liegt, wie im Votum ausgeführt, paradoxerweise darin, dass Brienz zur Sicherheit öffentlich in den Schlagzeilen diskutiert wurde – und so eine Vorlage zur Klimaagitation bietet, während Goldau im Stillen zu rutschen begann und so auch bis heute nicht in den Medien präsent ist, als Beleg dafür, dass es früher schon weit gewaltigere Bergstürze gab: als Normalität und nicht als Mahnmal für einen Klimawandel.

... als Programm ...

Um nicht der Parteinahme für das Referendum zum «Stromfressergesetz» bezichtigt zu werden, sondern um dieses Prinzip der selektiven Entrüstung aufzuzeigen, wurde ein anderes Beispiel angeführt: Wer im Ukraine-Krieg einseitig die russischen Soldaten bedauert – also auch die kriminellen Wagner-

Söldner – die ukrainischen Soldaten aber nicht erwähnt und auch die bombardierte Zivilbevölkerung als Opfer von Kriegsverbrechen keines Wortes würdigt, betreibt eine derart selektive Empathie, dass sie schon prorussische Dimensionen annimmt. Ins gleiche Lager gehört, wer für eine Beendigung des Kriegs flötet, wohl wissend, dass diese nur durch eine Unterwerfung unter den Kreml zu haben wäre. Wer solches tut, reiht sich ein in den Corso um Sahara Wagenknecht, Alice Schwarzer, den Friedensapostel David Precht und die Radikalen in der AfD.

... bis zur Selbsterstörung unserer Werte

Natürlich kann man hierzulande angesichts der Meinungs- und Pressefreiheit sogar noch Verständnis für Kriegsverbrecher zum Ausdruck bringen, sogar dann, wenn dies jenen Kräften Vorschub leisten könnte, die gerade diese Freiheit, aber auch Demokratie und Souveränität im Erfolgsfalle unterdrücken wollten. Wer dies auch hinter seiner sanft scheinenden Fassade tut, wird falsch eingeschätzt und begünstigt die Einflussnahme durch jene, die im Prinzip auch Kriegsverbrechen ignorieren und tolerieren. Wäre ein solches Modell hier im Westen zur Profilierung erfolgreich, dann landeten wir bei Bedrich Smetanas Oper «Die verkaufte Braut», in welcher das «Schmeichelkätzchen» besungen wird, «das einen mit sanften Pfötchen umspielt». Doch dann die Folge: «Aber ach wie hässlich, wenn man später plötzlich Tigerkrallen spürt.» Natürlich sind damit nicht nur Kätzchen gemeint, sondern auch die Kater. Beispiele dafür lassen sich hier und international finden; kein Wunder, wenn sich so autoritäre Figuren bis hin zu religiösen Brutalos immer mehr durchsetzen könnten.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Prunkbau in Dübendorf

Das Gemeindeparlament in Dübendorf stimmt am Montag über den Baukredit für den Neubau eines Hallenbads ab, dessen Kosten auf CHF 60 Mio. steigen könnten. Die SVP ist die einzige Partei, die sich gegen das Projekt ausspricht und betont, dass günstigere Alternativen wie eine Sanierung des bestehenden Bades möglich wären. Trotz Bedenken über die hohen Kosten, den hohen Energieverbrauch und die Umweltauswirkungen unterstützen die anderen Fraktionen das Projekt.



Lukas Schanz
Gemeinderat SVP
Dübendorf

Am kommenden Montag stimmt das Gemeindeparlament in Dübendorf über den Baukredit für den Neubau eines Hallenbads über rund CHF 46 Mio. ab, welches Dübendorf auf Grund der Bauvermehrung rund CHF 60 Mio. kosten wird. Ein Debakel bahnt sich an, aber alle, bis auf die SVP, schauen weg.

Exzessive Kosten

Anfang des Jahres 2020 stimmte der Dübendorfer Gemeinderat einem Planungskredit für die Ausarbeitung des Vorprojekts für den Neubau des Hallenbads ab. Dieses Hallenbad soll vor allem den Dübendorfer Schülern als Lernschwimmbecken dienen. Damals hiess es, dass der Neubau rund CHF 39,5 Millionen kosten werde. Neben dem Hallenbad war auch ein ausgiebiger Wellnessbereich mit allen Annehmlichkeiten angedacht. Als einzige Partei wies die SVP darauf hin, dass bei Annahme des Planungskredits ein Projekt vorgelegt wird, welches gegen CHF 50 Mio. kosten wird. Nur wenn der Planungskredit abgelehnt wird, ist es möglich, ein günstigeres Projekt auszuarbeiten oder das bestehende Hallenbad zu sanieren. Die Kosten für die Sanierung wurden auf CHF 5 bis 8 Millionen geschätzt. Auch wurde von der

SVP darauf hingewiesen, dass der Zeitdruck zunimmt und die Ablehnung des Projekts schwieriger wird. Die anderen Parteien waren zwar auch der Meinung, dass das vorliegende Projekt zu teuer ist, die Kosten aber durch das Weglassen des Wellnessbereichs reduziert werden können.

Jedem sollte klar sein, dass dies Beträge sind, die viel zu hoch sind für ein Hallenbad, dessen Zweck insbesondere das Schwimmenlernen der Schüler ist. Wir sprechen hier übrigens nicht von einem 50-Meter-Becken, sondern von einem 25-Meter-Becken. Vom Architekten wurde sehr viel Wert auf die Ästhetik gelegt, die Zweckmässigkeit war wohl kein wichtiges Kriterium beim Projektwettbewerb. Dies ist sicherlich einer der wesentlichen Kostentreiber.

Inflation verteuert Projekt weiter

Nun kommt der Stadtrat mit einem Projekt in den Gemeinderat, das wie bereits erwähnt CHF 46 Mio. kosten soll, dies allerdings auf Basis des Baukostenindex von April 2021. Die Teuerung auf dem Bau betrug seit diesem Datum bereits über 17 %. Das Projekt wird somit gegen CHF 54 Mio. kosten. Angenommen, die Teuerung nimmt weiter zu und Dübendorf baut wie fast immer teurer als budgetiert, wird dieses Projekt wohl mehr als CHF 60 Mio. kosten. Auch die Befürworter des Hallenbads sind mit dem Projekt nicht glücklich. Sie sind aber der Meinung, dass das Projekt nicht mehr abgelehnt werden kann, da der Zeitdruck zu hoch

sei und das alte Hallenbad nur noch mit sehr hohen Kosten betrieben werden kann.

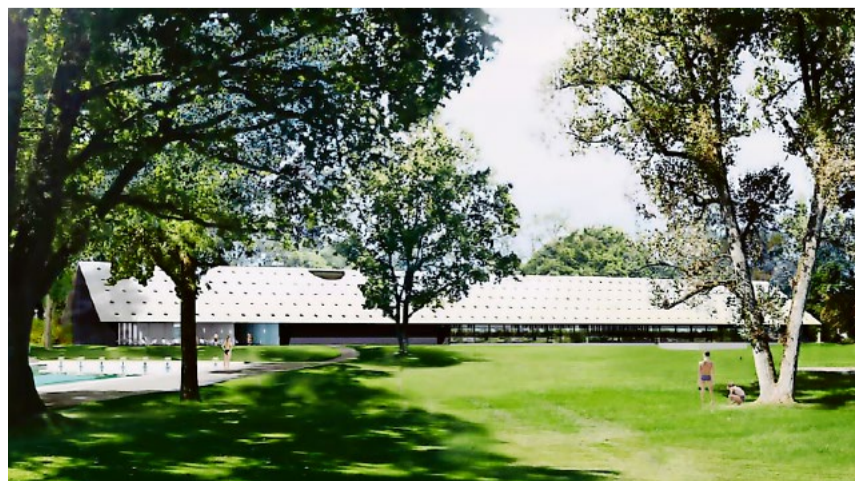
Dem Neubau des Hallenbads werden noch 10 % der Parkplätze beim Dübendorfer Schwimmbad zum Opfer fallen. Für die Befürworter kein Problem, werden doch viele Veloparkplätze und sogar Ladestationen für Elektrovelos gebaut. Jeder, der die Parksituation beim Schwimmbad Dübendorf kennt, weiss, wie stark das umliegende Quartier durch den Verkehr bereits heute belastet wird. Weniger Parkplätze entschärfen die Situation nicht, aber dies ist Linksgrün egal, Hauptsache, Parkplätze verschwinden.

Linksgrüne pfeifen auf die Umwelt

Interessant ist, dass bei einem solchen Projekt die Klimahysterie der Linken

und Grünen plötzlich verschwindet. Das geplante Hallenbad wird sehr viel Energie verbrauchen und rund 300 Tonnen CO₂ pro Jahr ausstossen. Auch stört es nicht, dass eine Fernwärmeleitung durch ein Naturschutzgebiet gebaut werden wird. Fast schon ironisch ist, dass am selben Abend ein Postulat der GLP zu «Ausgeordnungsverfahren» behandelt wird.

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, solche Projekte bereits zu Beginn zu verhindern. So können nicht nur unnötige Planungskosten verhindert werden, je weiter ein Projekt fortgeschritten ist, desto schwieriger wird es, ein Projekt zu stoppen. Im Dübendorfer Gemeinderat wird das Hallenbad nur auf Gegenstimmen der SVP-Fraktion stossen, die anderen Fraktionen werden das Projekt gutheissen. Es bleibt also nur zu hoffen, dass die Dübendorfer Stimmbewölkerung vernünftig ist und der «Classe politique» aufzeigt, dass die Schüler keinen Prunkbau brauchen, um schwimmen zu lernen.



Das Siegerprojekt für den Neubau des Hallenbads Oberdorf verteuert sich.

Bild: Stadtplanung Dübendorf

ABSTIMMUNG VOM 18. JUNI 2023

Irrwege der Klimapolitik

Die Klimaforschung steckt noch in den Kinderschuhen. Es bestehen weiterhin offene Fragen bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Temperatur und Treibhausgasen. Hinter der Klimapolitik, insbesondere der Forderung nach Klimaneutralität, steckt vorwiegend politisches Kalkül.



Stephan Amacker
Mitglied SVP Kanton Zürich
Neftenbach

Die Klimaausschläge im 18. Jahrhundert passen nicht zur imaginären «Hockystick»-These des IPCC (sog. Weltklimarat), deshalb wurden sie stümperhaft geglättet. Diese Computer-Simulation behauptet, dass der Verlauf der Temperatur durch den Menschen während der industriellen Entwicklung der letzten 200 Jahre durch den CO₂-Ausstoss stark erhöht wurde und dadurch das Klima verändert habe. Obwohl die Klimaforschung noch in den Kinderschuhen steckt, wird behauptet, dass allein das von Menschen erzeugte CO₂ die beobachtete Temperaturerhöhung von ca. 1,5 °C seit 1880 bewirkt habe. Diese These ist grundlegend falsch und man kann damit nicht das Klima steuern. Auffällig ist die Weigerung des IPCC, die Quellcodes der Simulation zu veröffentlichen, was wenig Vertrauen in diesen Ansatz liefert.

Offene Fragen in der Klimaforschung

Durch Eiskernbohrungen wurde bewiesen, dass das CO₂ parallel mit der Temperatur auf der Erde verläuft – steigt die Temperatur, steigt auch der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre. In der Arktis konnte die Uni Bern diesen Fakt zehntausende Jahre zurückverfolgen. Dem verantwortlichen Forscher der Uni Bern, Herrn Prof. Hubertus Fischer, stellte ich die Frage: «Was gibt Ihnen die Gewissheit, dass die Treibhausgase die Temperaturen steuern und nicht umgekehrt, Temperaturänderungen den Treibhausgasanteil verändern? Auf den Grafiken liegen die beiden Kurven genau übereinander.» Seine Antwort lautete: «Der Zusammenhang geht, wie ich in der Diskussion erwähnte, in beide Richtungen.» Bestenfalls kann man also sagen, dass das CO₂ einer der zahlreichen Faktoren im komplexen Prozess der Klimabildung ist. Der menschengemachte Anteil beträgt dabei in der Atmosphäre lediglich 4%. Eine weit aus grössere Menge ist in den Meeren und im Boden gespeichert und wird in Abhängigkeit von den Temperaturen ausgetauscht. Weltweit werden grosse Anstrengungen unternommen, die bestimm-

menden Faktoren zu erfassen, aber auch die gegenseitigen Beeinflussungen zu erforschen. Einen ersten Überblick verschafft Steven E. Koonin in seinem Buch «Unsettled», welches erstmals den Komplexitätsgrad der Klimaforschung aufzeigt. Dieser ehemalige Forschungsleiter und politische Wissenschaftsberater von Präsident Obama verfügt weltweit über alle wichtigen Informationen zu den Einflussgrössen auf das Klima, soweit sie bekannt sind. Er zeigt auf, dass eine Simulation des Weltklimas mit den heutigen Mitteln auf Grund der

«Es wird höchste Zeit, die linksgrüne Klimapolitik nüchtern zu hinterfragen.»

überaus komplexen Materie und der ungenügenden Leistung der aktuellen Super-Computer noch nicht möglich ist. Viele Forschungsstellen haben begonnen, einzelne Effekte der Klimagestaltung zu untersuchen, wie z. B. die Verlagerung der Meeresströmungen und Jetstreams, die Erdachsenneigung, Sonneneinflüsse, Wolkenbildung usw. Diese brauchen jedoch noch viele Jahre, um aussagekräftige Resultate zu erhalten. Die meisten dieser Effekte, insbesondere die Wechselwirkungen und natürlichen Regelsysteme, werden vom IPCC nicht in Betracht gezogen und man hält an der singulären CO₂-These fest.

Forschung ist nicht ergebnisoffen

Echtes wissenschaftliches Denken verlangt aber eine ständige Hinterfragung der eigenen Thesen, was bei IPCC nicht zu erkennen ist, obwohl erste Erkenntnisse zeigen, dass man bedeutende Effekte vernachlässigt hat. Jedem ernsthaften Wissenschaftler sollte bereits jetzt klar sein, dass die CO₂-These zu einfach ist und die Temperaturerhöhung in der Atmosphäre so nicht reduziert werden kann, insbesondere da die Schweiz lediglich einen Anteil von 0,002% beiträgt, was eine Güterabwägung rechtfertigt.

Die kürzlich veröffentlichte Liste der 200 Wissenschaftler, die die im Juni zur Abstimmung kommende Abstimmung zum CO₂-Gesetz unterstützen, stellt der Wissenschaft kein gutes Zeugnis aus, denn diese Personen folgen dem Leitspruch: «Wes Brot ich esse, des Lied ich singe.»

«Klimaneutralität» Unwort des Jahres

Es wird höchste Zeit, die linksgrüne Klimapolitik nüchtern zu hinterfragen. Diese kämpfen unter der Flagge der «Klimaneutralität» um ihre Existenz und versuchen weiterhin, die Bevölkerung über eine imaginäre Klimakatastrophe in ständiger Angst zu halten. Beschämend ist, dass ausser der SVP alle Parteien eingeknickt sind. Der Begriff «Klimaneutralität» verdient den Titel des Unwortes des Jahres, indem man vorgaukelt, dass allein die Reduktion von CO₂ in der Atmosphäre innert einigen Jahren das globale Klima verändern wird.

Einziges reales Ziel ist der Stimmengewinn bei den nächsten Wahlen, um der Bevölkerung anschliessend zahlreiche Zwänge, Steuern und Gebühren aufzuerlegen.

Die Grünen, aber auch Teile der Linken klammern sich verzweifelt an die Anti-Atom-Bewegung: Obwohl nach der Erfahrung von über 50 Jahren keine Stromerzeugungsmethode sicherer ist als diejenige mit Kernkraftwerken, verfolgt man antidemokratische Aktionen gegen diese Technologie, da es sich für die Grünen um eine Existenzfrage handelt, ohne die man den Laden schliessen könnte.

Verschwendung führt zu nichts

Aus Umweltschutzgründen ist die sogenannte Dekarbonisierung, d. h. der Abbau und Ersatz der fossilen Brennstoffe, in einem wirtschaftlich verantwortbaren Mass sinnvoll. Die Voraussetzungen sind aber ein Zubau bei der Stromversorgung, die Kontrolle der Masseneinwanderung und andere Massnahmen.

Das Verschleudern von Volksvermögen in Milliardenhöhe für eine klimapolitische Fantasie ist dumm und schwächt lediglich die Wirtschaft unseres Landes.

Insbesondere die Subventionsexzesse für die «Erneuerbaren» und CO₂-Kompensationszahlungen an korrupte Staaten werden am Klima rein gar nichts ändern, treffen die Steuerzahler massiv und müssen unbedingt an der Abstimmung vom 18. Juni durch ein klares NEIN unterbunden werden.

Damit kann die Versorgungssicherheit mit Strom über den Bau von modernen Kernkraftwerken eingeleitet und ein nachhaltiger Umweltschutz verfolgt werden.

LESERBRIEF

Neutralität hin und her gedeutet

«Mehr Freiheit, weniger Neutralität», so der Titel des Leitartikels in der NZZ vom 20. Mai. Gegen Freiheit ist wohl niemand, aber wieso muss es weniger Neutralität sein?

Bei genauerem Lesen wird schnell klar, wie einseitig der Artikel – gegen Neutralität – daherkommt. Im Untertitel wird geradezu dreist behauptet «Die Welt braucht keine neutrale Schweiz mehr». Mit diesem Satz gibt das Leitmedium NZZ unsere Unabhängigkeit, Neutralität und Weltoffenheit auf. Dem Journalisten scheint dieser Weg dann doch selber etwas unverfroren zu sein und er spricht gegen Ende des Textes von einer fallweise «einfachen Neutralität». Vielen Journalisten und auch Bundesbern ist der aussenpolitische Kompass abhandengekommen. Unsere Neutralität wird wie auf einem Jahrmarkt

hin und her gedeutet. Die Protagonisten merken offenbar nicht, dass sie dadurch der weltweiten Schweiz ihre letzte Glaubwürdigkeit stehlen.

Der NZZ-Journalist widmet dem Unterthema «Das Ausland sieht es anders» viel Raum. Ja, natürlich hat es die EU und insbesondere die USA riesig gefreut, dass die Schweiz bei den Wirtschaftssanktionen mitmacht. Und aktuell wird – im Zusammenhang mit Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine – von ausländischen Botschaftern konstant Druck gemacht auf unser Land. Da kommen in Bundesbern – von Neutralitätsgegnern – allerlei Tricks und Verbiegungen ins Spiel, bis das Kriegsmaterial – das den Krieg höchstens unnötig verlängert – letztlich in der Ukraine eingesetzt wird. Warum wird an dieser Stelle immer nur über Neutrali-

tätspolitik und nicht über das Neutralitätsrecht – das in internationalen Verträgen definiert ist – diskutiert?

Welche «Mehr-Freiheiten» der Journalist im Titel meinte, ist mir ein Rätsel. Sicher hat unser Land nicht mehr Freiheiten, wenn es Sanktionen auf Befehl der EU, der USA oder der NATO umsetzen muss. Mehr Freiheit entsteht viel mehr durch mehr Selbständigkeit. Krisen zeigen immer wieder, dass sich jedes Land zuerst selbst am nächsten ist. Das wiederum heisst, neben der Neutralität und einer starken Armee nachhaltig – für kriegerische Zeiten – für Nahrungsmittel, Medizin und Energie zu sorgen (Eigenproduktion, Vorratslager, stabile Liefervereinbarungen).

Karl Meier-Zoller,
Effretikon ZH

GENDER-DEBATTE

Linke Ideologen in den Schulen

Der Fall Stäfa zeigt, dass in einem Teil der Zürcher Schulen linke Ideologen am Werk sind, die mit der Verhöhnung der deutschen Sprache und der Missachtung der für die ganze Zürcher Verwaltung verbindlichen Rechtschreibregeln ihren minoritären und absurden Genderwahn als normal erscheinen lassen und der Mehrheit, die das ablehnt, aufs Auge drücken wollen. Schlimmer noch, diese Ideologen missbrauchen unsere Kinder, um ihren LBTQ usw.-Unsinn in die Schulen zu tragen. Dies ist für Kinder im schulpflichtigen Alter vollkommen unangemessen und greift in die Kompetenz der Eltern ein, die allein darüber entscheiden sollen, ob, wie und wann Derartiges mit ihren Kindern diskutiert werden soll. Die SVP lehnt jede Diskriminierung homosexueller Menschen strikte ab und zählt hervorragende Vertreter dieser Minderheit in ihren Reihen. Sie lehnt es aber ebenso strikte ab, dass unsere Kinder zum Spielball sexueller Ideologien gemacht werden. Die Schule soll sich auf ihren ei-

gentlichen Auftrag konzentrieren und dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen lesen, schreiben und rechnen können und unsere Geografie, Geschichte und andere wichtige Umweltfaktoren kennen. Diese Fähigkeiten sind Voraussetzung dafür, um später in Lehre und Studium Erfolg zu haben und mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Um diese Fähigkeiten ist es bekanntlich bei vielen Schulabgängern nicht mehr zum Besten bestellt, seit die Schule sich in allerlei Nebensächlichkeiten verzettelt, anstatt ihrem Grundauftrag nachzukommen.

Die SVP des Bezirks Affoltern und ihre Sektionen werden sich in den Gemeinden und ihren Behörden mit aller Kraft gegen den Missbrauch von Schule und Kindern mit linker Gender-Ideologie einsetzen.

Marc Bochsler,

Vizepräsident SVP Bezirk Affoltern und
Kantonsrat SVP, Wettswil

Jetzt ist genug!

Ich möchte mich nicht zur Genderdebatte äussern. Jeder darf seine Meinung haben. Was jetzt aber durch die Herren Roger Köppel und vor allem Andreas Glarner angerichtet wurde, geht einfach nicht. Wir sind im Wahljahr und die SVP hat seit Jahresbeginn Rückenwind. Diese Aktionen wirken sich sehr negativ auf das gesamte Image der SVP aus. Wir kleinen Sektionen an der Front engagieren uns freiwillig mit Aktionen für das Dorfleben, organisieren Podiumsgespräche für Abstimmungen und Infoanlässe für die Wahlen im Herbst.

Wir bemühen uns, Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Solche Provokationen bremsen uns immer wieder aus. An Stammtischen und in der Öffentlichkeit wird die Kritik immer lauter wegen solcher Stimmungsmacher. Ich fordere die Parteileitung auf, zur Besonnenheit zu appellieren und diesen Exponenten ein für alle Mal einen Verhaltenskodex aufzuzwingen. Es ist noch nicht zu spät, aber dringend nötig.

Claude Wuillemin,
Präsident SVP Bonstetten

SVP, weiter so!

Ich und viele Gleichdenkende können ob dieser Genderpolitik und der damit verachtenswerten Ideologie der linken Seite nur noch den Kopf schütteln. Ich bin mehr als besorgt, dass diese Ideologie, von einer offensichtlichen Minderheit getragen, Schritt für Schritt Einzug hält. Fassungslos macht mich, dass

die FDP Steigbügelhalter dieser Politik ist. Ein wesentlicher Grund, weshalb diese Genderpolitik und noch vieles andere Oberhand erhält. Und vor allem die bürgerliche Seite stark schwächt! Kämpfen Sie weiter!

Richard Marbacher, Mitglied SVP



Einladung zum politischen Diskussionsforum

Sehr geehrte Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der SVP

Wir laden Sie herzlich zu unserem politischen Diskussionsforum ein:

Thema:

«Wird es bald dunkel in der Schweiz? Jetzt alles tun für eine sichere, umweltfreundliche und kostengünstige Energiepolitik»

mit **Johann Widmer**
Präsident SVP Kreis 10
Gemeinderat SVP Stadt Zürich



Wann:
Dienstag,
6. Juni 2023
19.30 bis 21.30 Uhr

Wo:
Restaurant «My Pizzeria»
Dübendorfstrasse 24
8051 Zürich

Programm:
19.30 Uhr: Eintreffen/
Speis & Trank
20.00 Uhr: Referat
20.30 Uhr: Diskussionsrunde
21.00 Uhr: Geselliges
Beisammensein

Achtung:
Neue Lokalität

Die SVP-Kreispartei 12 Zürich-Schwamendingen freut sich auf Ihren Besuch!



Information über weitere Anlässe
der SVP 12 Zürich-Schwamendingen
finden Sie unter: [SVP-Kreis 12](https://www.svp-zuerich.ch)



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

- Bezirk Bülach/Bachenbülach**
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant Vis-à-Vis, Zürichstrasse 47, Bachenbülach.
- Bezirk Bülach/Embrach**
Jeden letzten Sonntag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.
- Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.
- Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.
- Bezirk Horgen/Thalwil**
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.
- Bezirk Meilen/Stäfa**
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.
- Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.
- Bezirk Uster/Uster**
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.
- Stadt Winterthur**
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.
- Stadt Winterthur/Wülflingen**
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

- Stadt Zürich/Kreis 6**
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.
- Stadt Zürich/Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamedinge, Schwamendingerplatz 2, Zürich.
- Junge SVP Kanton Zürich**
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

- Bezirk Affoltern/Bonstetten**
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindesaal Bonstetten, mit Alt-Bundesrat Christoph Blocher.
- Bezirk Bülach/Eglisau**
Dienstag, 20. Juni 2023, 20.00 Uhr, Referate, Pfarreizentrum, Salomon-Landolt-Weg 1, Eglisau, mit Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anschliessend Apéro.
- Bezirk Dielsdorf/Niederglatt**
Freitag, 16. Juni 2023 bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.
- Bezirk Hinwil/Wetzikon**
Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Züri-Oberland-Märt, Wetzikon.
- Bezirk Horgen**
Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Etzliberg, Etzlibergstrasse 14, Thalwil.

Bezirk Meilen
Mittwoch, 7. Juni 2023, 19.30 Uhr, Podium zum «Stromfresser-Gesetz», Hotel Boldern, Boldernstrasse 83, Männedorf, u.a. mit den Kantonsräten Ueli Bamert und Paul von Euw. Anschliessend Apéro.

Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.00 Uhr, Grillabend mit Peter Pfändler, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit den Nationalräten Thomas Matter und Gregor Rutz sowie den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber. Anmeldung durch Bezahlung von Fr. 60.–/Person (Apéro und trockenes Gedeck) auf IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0.

Bezirk Meilen/Erlenbach
Donnerstag, 8. Juni 2023, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Rössli, Seestrasse 51, Erlenbach. Anschliessend Referate von den Nationalräten Alfred Heer und Thomas Matter.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 bis 11.30 Uhr, Standaktion, beim SPAR mini, Kirchgasse 1, Russikon.

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS-Parkplatz Bläsmühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Roggenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Montag, 5. Juni 2023, 20.00 Uhr, Informativveranstaltung, Bruggächer, Mönchaltorf.

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 16.00 Uhr, Vereinstag, Stadtzentrum Uster.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 Uhr, Standaktion, Gemeindehausplatz, Neftenbach, mit Nationalrätin Therese Schlöpfer sowie den Kantonsräten Paul Mayer, Tobias Weidmann und Urs Wegmann.

Stadt Zürich
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Enge, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kirche Fluntern, Zürich.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.00 bis 11.00 Uhr, Standaktion, A-Park, Zürich-Albisrieden.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, ZH-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Sonntag, 18. Juni 2023, 15.30 bis 18.30 Uhr, Paintball-Event, Paintball 24 Arena, Witölifstrasse, Schänis SG, Kosten: 89 Franken. Anmeldung an helfenberger@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 9. Juni 2023, 18.00 Uhr, Apéro ab 17.30 Uhr, Podium zum Thema «Geopolitik

& Versorgungssicherheit der Zukunft», aki, katholische Hochschulgemeinde, Hirschengraben 86, Zürich, u.a. mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Samstag, 24. Juni 2023, 12.45 Uhr, Generalversammlung PIKOM, Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, Aarau, mit Referat von Nationalrat Benjamin Giezendanner. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstr. 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlauftakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich.

Einladung zur öffentlichen Podiumsdiskussion

«Windturbinen im Bezirk Meilen: Sinn oder Unsinn?»
sowie
«Stromfresser-Gesetz»

Mittwoch, 7. Juni 2023, 19.30 Uhr
Hotel Boldern, Boldernstrasse 83, 8708 Männedorf

Unter der Leitung von Christoph Lehmann, Maurmer Post, diskutieren:

	Paul von Euw SVP-Kantonsrat NR-Kandidat		Ueli Bamert SVP-Kantonsrat NR-Kandidat
	Thomas Forrer Grüne-Kantonsrat NR-Kandidat		Barbara Franzen FDP-Kantonsrätin NR-Kandidatin

Programm: 19.15 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Podiumsdiskussion und Fragen
20.45 Uhr Apéro

 **SCHWEIZER QUALITÄT**
Die Partei des Mittelstandes
www.svpbezirkmeilen.ch

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen



neutralitaet-ja.ch